

Antrag

der Fraktion DIE GRÜNEN

Notmaßnahmen gegen das Waldsterben durch Stilllegung bestimmter Kohlekraftwerke

Wie die jüngste Bilanz der Waldschadenssituation in der Bundesrepublik Deutschland nachdrücklich beweist, nimmt das Waldsterben als ein Vorbote einer umfassenden ökologischen Katastrophe immer dramatischere Ausmaße an. Der Umfang der Waldschäden und insbesondere die rapide Zunahme der erkrankten Wälder in den letzten Monaten übertreffen alle Voraussagen der Wissenschaft bei weitem.

Die von der Bundesregierung bisher gegen das Waldsterben getroffenen Maßnahmen, insbesondere die Großfeuerungsanlagen-Verordnung, werden – wenn überhaupt – nur mittel- und langfristig eine Verringerung des Schadstoffausstoßes bewirken. Dies wird den Wald jedoch in keinem Fall mehr retten können.

Neben mittel- und langfristigen Maßnahmen, wie sie von der Fraktion DIE GRÜNEN im Antrag Programm gegen Luftbelastung und Waldsterben (Drucksache 10/67) gefordert worden sind, sind vor allem Maßnahmen notwendig, die sofort eine drastische Verringerung des Schadstoffausstoßes bewirken.

Durch die von der Fraktion DIE GRÜNEN im Antrag Notmaßnahmen gegen das Waldsterben durch Geschwindigkeitsbegrenzungen bei Kraftfahrzeugen geforderten Maßnahmen lassen sich vor allem die Stickoxidemissionen sofort drastisch reduzieren.

Durch die von der Fraktion DIE GRÜNEN geforderte Schließung von bestimmten Kohlekraftwerken, die im Vergleich zu ihrer Leistung einen besonders hohen Schadstoffausstoß besitzen, kann sofort eine drastische Reduzierung des Schwefeldioxidausstoßes erreicht werden, ohne daß angesichts der Überkapazitäten auf dem Energiemarkt mit Stromversorgungsengpässen zu rechnen ist.

Da sich die genannten Kraftwerke im Besitz von Unternehmen mit mehrheitlicher Bundesbeteiligung befinden, kann zugleich die Vorreiterrolle des Bundes auf dem Gebiet des Umweltschutzes demonstriert werden.

Andere Kraftwerksbetreiber und Industrieunternehmen sind aufgefordert, ebenfalls sofort drastische Maßnahmen zur Verringerung des Schadstoffausstoßes zu leisten.

Die Fraktion DIE GRÜNEN lehnt zugleich aber alle Maßnahmen, die das Waldsterben mit Hilfe von Atomenergie bekämpfen wollen, aus ökologischen und volkswirtschaftlichen Gründen strikt ab. Die Fraktion DIE GRÜNEN bekennt sich zugleich zu einer vorläufigen Kohlevorrangpolitik, solange der gesamte Energiebedarf nicht durch andere regenerative umweltfreundliche Energieträger gesichert ist; sie weiß zugleich, daß eine umweltfreundliche Nutzung der Kohle längst möglich und sinnvoll ist.

Der Bundestag wolle beschließen:

Die Bundesregierung wird dringend aufgefordert,

im Rahmen ihrer Beteiligung an den Unternehmen Saarbergwerke AG, PREAG und VKR darauf hinzuwirken, daß

- der Block II des Kraftwerks Weiher (Saarland)
- das Kraftwerk St. Barbara (Saarland)
- das Kraftwerk Borken (Hessen)
- die Blöcke B – E des Kraftwerks Scholven (Nordrhein-Westfalen)

sofort stillgelegt werden, wodurch eine Reduzierung des Schwefeldioxidausstoßes um jährlich rund 120 000 Tonnen erreicht würde.

Bonn, den 14. November 1983

Beck-Oberdorf, Schily, Kelly und Fraktion